

Haushaltsrede im Frankfurter Stadtparlament am 26.4.2018 von Luigi Brillante

Frau Vorsteherin, werte Kollegen und Kolleginnen!

Bevor ich mit meiner Rede beginne, muss ich ein paar Sätze loswerden. Wenn ich hier manche Beiträge höre, dann muss ich sagen, ich finde die Attacke gegenüber Schutzsuchenden, gegenüber Asylsuchenden widerlich. Deutschland sollte stolz sein, seinen Beitrag in der momentanen Flüchtlingskrise zu leisten. Der Westen hat den kompletten Nahen Osten destabilisiert. Wer war das denn? Wir waren das. Wir haben Bürgerkriege verursacht und wundern uns, dass die Menschen von dort fliehen. Wir verhindern seit Jahrhunderten Entwicklungen von ganzen Kontinenten wie Afrika, und dann wundern wir uns, dass die Menschen hierher kommen. Das hat selbst die Kanzlerin mittlerweile erkannt, und sie möchte die Fluchtursachen bekämpfen. Endlich. Da kann ich nur sagen, viel Glück, machen Sie das.

Zurück zu Frankfurt. In der Presse war kürzlich zu lesen, dass Frankfurt ab 2018 sein Defizit abtragen will und als Fernziel den Haushaltsausgleich in den Blick genommen hat. „Im Jahr 2032 werden wir unsere negativen Bestände abgearbeitet haben“, heißt es aus der Kämmerei. Das ist kein verspäteter Aprilscherz, sondern ich rede von unserer Namensschwester aus dem Osten. Frankfurt am Main ist in einer gänzlich anderen Situation als die Oder-Stadt. Während dort in den vergangenen 30 Jahren die Zahl der Bürger und Bürgerinnen um mehr als ein Drittel gesunken ist, und wahrscheinlich weiter sinken wird, steht Frankfurt am Main vor der Herausforderung wachsender Beliebtheit. Das bedeutet mehr Kitas und Schulen und den dringenden Ausbau des ÖPNV. Der Schuldenberg unserer Stadt wird bis zum Jahr 2021 auf annähernd drei Milliarden Euro steigen. Das ist dramatisch und für die nachfolgenden Generationen ein schwerer Ballast. Die größten Posten im Frankfurter Haushalt sind mit über 800 Millionen Euro die Bereiche Bildung sowie mit 811 Millionen Euro das Sozialbudget. In beiden Bereichen gibt es kaum Möglichkeiten für Einsparungen, so der Kämmerer. Kein Wunder, dass für Bildung, sprich für die Schulgebäudesanierung, so viel Geld bereitgestellt werden muss. In der Vergangenheit hat die schwarz-grüne Koalition in Frankfurt im Schulwesen eine katastrophale Situation herbeigeführt.

Um die Schulden zu reduzieren, wird die Stadt mehr Einnahmen brauchen. Machen wir uns nichts vor. Wir brauchen eine höhere Gewerbesteuer, und auch die Zweitwohnungssteuer halten wir für eine gute Idee. Eine Erhöhung der Grundsteuer hingegen finden wir nicht gut, weil dies praktisch einer Mieterhöhung gleichkäme.

Jetzt möchte ich einige unserer Anträge erläutern. Manchmal wünscht man sich, Frankfurt könnte sich im Auftreten etwas von der Bescheidenheit der Offenbacher abschauen. Ist es nötig, dass die Rekonstruktion der Altstadt - übrigens ein Projekt, das, wie die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung kürzlich schrieb, auf die Idee eines Rechtsradikalen zurückgeht, der damals im BFF-Büro gearbeitet hat, und das den Steuerzahler am Ende über 200 Millionen Euro gekostet hat mit einem 1,5 Millionen Euro teuren Eröffnungsfest gefeiert wird? Ich denke nicht. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag E 258 ein Festkonzept, das mit höchstens der Hälfte dieser Summe auskommt.

Geradezu obszön erscheinen solche Festaussgaben angesichts der vielen Menschen, die in unserer Stadt in Abfalleimern wühlen und nach Pfandflaschen suchen. Das ist würdelos für diejenigen, der auf das Kleingeld angewiesen ist, aber auch beschämend für den, der zuschaut. Andere große Städte wie Köln, Dresden, München und Offenbach haben längst mit sogenannten Pfandringen eine Lösung gefunden, die diese Zustände verbessert. Wir fordern, dass Frankfurt ein Modellprojekt startet und ebenfalls diese Lösung ansteuert.

Wir unterstützen die Idee des Kämmerers, projektbezogene kommunale Anleihen herauszugeben, und schlagen vor, den Wiederaufbau des Goetheturms über diese Finanzierungsform zu realisieren.

Die Stadt Frankfurt hat sich vorgenommen, bis zum Jahr 2050 ihren Energiebedarf um die Hälfte zu reduzieren. Der Rest soll vollständig durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Gleichzeitig will Frankfurt die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um mindestens 95 Prozent reduzieren. Derzeit ist aber nicht erkennbar, wie diese ehrgeizigen, aber notwendigen Ziele erreicht werden können. Laut des Masterplans 100 Prozent Klimaschutz beträgt zum Beispiel die durch Ausnutzung aller Fotovoltaikpotenziale erzeugbare Energie in Frankfurt 1.200 Gigawattstunden. Derzeit werden aber lediglich 25 Gigawattstunden fotovoltaisch erzeugt, also gerade einmal knapp 2,1 Prozent der möglichen Energiemenge. Ähnlich erschreckend steht es um die Solarthermie in Frankfurt. Wir fordern deshalb in unserem Antrag E 253, dass der Magistrat eine Stabsstelle Klimaziel 2050 einrichtet, die Maßnahmen und Werkzeuge findet und mit Nachdruck anwendet, um dem Entgleiten der Klimaschutzziele entgegenzuwirken.

Kommen wir zu den Kitas. Gesunde Ernährung gehört wie saubere Luft zu den wichtigsten Lebensgrundlagen. Da die meisten Kinder heute ganztägig in der Kita sind und dort ihre Mahlzeiten einnehmen, wird das Wissen über gesunde Ernährung und die Herstellung gesunder Mahlzeiten durch die Kulturtechnik des Kochens innerhalb der Familie seltener weitergegeben. Wir schlagen deshalb vor, dass alle städtischen Kitas wieder mit einer eigenen Küche ausgestattet werden, dass hierfür jeweils ausgebildetes Personal eingestellt wird und dass das gemeinsame Zubereiten der individuellen Tagesgerichte als pädagogisches Konzept beziehungsweise vorschulisches Lehrfach für Kita-Kinder etabliert wird. Der Magistrat wird aufgefordert, beim Land Hessen um eine finanzielle Beteiligung zu ersuchen, da es sich um eine gesamtpolitische, pädagogische und gesundheitspolitische Maßnahme handelt, so unser Etatantrag E 245.

Auch den Schulen sollten nicht sogenannte Großcaterer oktroyiert werden. Im letzten Bildungsausschuss haben wir die Wut und den Ärger der Schüler, Lehrer und Eltern erlebt. Die Schulen sollten selbstständig wählen können, wie und wer dort die Mahlzeiten der Schülerinnen und Schüler zubereiten soll. Wir hatten vorhin in der Aktuellen Stunde eine lebhaftige Debatte, wobei die GRÜNEN, namentlich Frau Ross, die Dezernentin stark angegriffen hat wegen der IGS Nordend, aber ich frage mich, wer hat das Vergabeverfahren vor Jahren überhaupt eingeführt? Waren das nicht die GRÜNEN, die das zumindest mitentschieden haben? Verdanken wir nicht einer Jutta Ebeling, dass sie uns Sodexo sogar hier im Römer in der Kantine eingebrockt hat?

In einer reichen Stadt wie Frankfurt sollte uns das Wohlergehen unserer Kinder sehr wichtig sein - der Wirtschaft übrigens auch. Trotz der katastrophalen Situation an den Schulen ist die Weigerung, den Gewerbesteuerhebesatz von 460 wieder auf 490 Punkte zu bringen, grundfalsch und nicht mehr nachvollziehbar. Mit einem Hebesatz von 490 Punkten würde die Stadt Frankfurt nicht an Attraktivität verlieren. Selbst die Unternehmerinnen und Unternehmer würden wohl einen höheren Beitrag leisten, wir müssen das nur beschließen. Die Unternehmer und ihre Beschäftigten profitieren von Standortfaktoren wie einem wirtschaftlich soliden Frankfurt, dem öffentlichen Nahverkehr, der sozialen Infrastruktur, dem kulturellen Angebot der Stadt und nicht zuletzt der guten Ausbildung von Nachwuchskräften.

Kommen wir zum Wohnen. Um die Wohnungsnot in Frankfurt zu lindern, müssen Lösungen gefunden werden. Eine Stabsstelle zur Findung und Weiterentwicklung von Bebauungsmöglichkeiten sollte die Aufgabe übernehmen, mögliche Flächen zu erschließen und einer Bebauung zuzuführen. Beginnen könnte man mit dem Ausbau von Satteldächern beziehungsweise der Aufstockung von Dächern in Leichtbauweise bei den von der ABG Holding betreuten städtischen Wohnungen. Die Stabsstelle informiert andere Wohnungsgesellschaften und erörtert die Machbarkeit von Ausbauprojekten, und auch

Besitzern von kleinen Mietshäusern sollte die Möglichkeit aufgezeigt werden, gegebenenfalls mit finanzieller Unterstützung seitens der Stadt, einen Ausbau zu tätigen. Zwingend notwendig sollte die Installation von Fotovoltaik- und Solarthermieanlagen auf allen neu erstellten Dächern geprüft werden - so unser Etatantrag E 240.

Wir haben noch einige gute Ideen, die das Leben von Frankfurtern leichter machen würden. So würde zum Beispiel ein Bornheimer Seniorensuttle älteren Menschen helfen, am Leben im Stadtteil teilzunehmen. Frankfurt braucht mehr altersgerechte Wohnungen, daher fordern wir den Magistrat auf, ein Programm „seniorengerechtes Wohnen in Frankfurt am Main“ zu erstellen, das bevorzugt in den städtischen Wohnungsbaugesellschaften umgesetzt werden und sich unter anderem mit der seniorengerechten Umrüstung beziehungsweise Renovierung des Altbaubestandes befassen soll.

Die offene Seniorenarbeit muss mehr Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund bieten und vor allem Angebote wie die des Vereins Frankfurter Senioren besser unterstützen.

Wir wissen aber natürlich, dass alle unsere Haushaltsanträge abgelehnt werden. Ihr habt nur eure eigene Klientel bedient. Manchmal ist das aber einem Koalitionspartner peinlich, dann kann es vorkommen, dass ein Oppositionsantrag beim nächsten Etat als Koalitionsantrag wiedergeboren wird. So geschehen bei unserem Vorschlag zur Förderung des Vereins Archiv Frau und Musik e. V. Unseren Etatantrag E 263 vom letzten Jahr habt ihr abgelehnt, aber in diesem Jahr selbst einen Koalitionsantrag gestellt. Auch wenn die Fördersumme von 22.000 Euro gering ist, denn bis 2013 erhielt das Archiv 53.000 Euro von der Stadt. Das war eine kleine Hilfe und eine Anerkennung für die Wissenschaftlerinnen, die die größte Sammlung von Werken historischer Komponistinnen weltweit aufgebaut haben. Ohne unser Beharren wäre das wohl nicht passiert.

Bildung: Auch an die Bildung haben wir gedacht. Für viele Eltern mit geringem Einkommen bleibt nach der erfreulichen Einführung des Schülertickets die Finanzierung der Fahrtkosten für ihre Kinder schwierig. Während Schülerinnen und Schüler der Klassen eins bis zehn die Fahrtkosten für den Schulweg von der Stadt erstattet bekommen, ist dies in den höheren Klassen nicht mehr der Fall. Diese Regelung führt seit Generationen dazu, dass viele begabte Kinder von ihren Eltern nicht in die Oberstufe geschickt werden. Wir beantragen deshalb, dass die Stadt Frankfurt für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe, ab dem Schuljahr 2018/19, die Fahrtkosten zu weiterführenden Schulen übernimmt, sofern sie mehr als drei Kilometer entfernt ist. Das ist unser Etatantrag E 244.

Chancengleichheit: Damit der soziale Frieden in Frankfurt gewahrt bleibt, muss die Politik ihre Anstrengungen für mehr Chancengleichheit verstärken. Der Slogan „gute Bildung für alle“ steht zwar im Koalitionsvertrag, aber ich wüsste doch zu gerne, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Die Integrationspolitik sollte dazu führen, aber ich kann wirklich nicht erkennen, dass die Koalition noch eine aktive Integrationspolitik betreibt. Im Jahr 2006 haben gerade die GRÜNEN daran mitgewirkt, dass der Integrationsausschuss aufgelöst wurde. Seitdem wird in den Ausschüssen kaum noch über Integration debattiert. Solange es ein eigenständiges Integrationsdezernat gab, also bis 2016, war dennoch gesichert, dass im Ausschuss für Bildung und Integration das für Frankfurt so wichtige Thema Integration thematisiert wurde. Die neue Koalition hat aber im vergangenen Jahr auch das Integrationsdezernat aufgelöst und dem Bereich der Bildungsdezernentin zugeschlagen. Das war ein Fehler. Die Befürchtung der ehemaligen Integrationsdezernentin Eskandari-Grünberg, dass aufgrund der komplexen Probleme und Aufgaben in den Schulen das Thema Integration untergeht, hat sich leider in den letzten 15 Monaten bewahrheitet. Im Ausschuss kommt Integration kaum noch zur Sprache. Meinen jüngsten Antrag, wieder einen eigenständigen Ausschuss für Integration zu etablieren, haben Sie abgelehnt. Das zeigt, wie unbedeutend für Sie die Integrationspolitik in Frankfurt ist. Der Bericht beziehungsweise die Fortschreibung des Integrations- und Diversitätskonzeptes wird vom Magistrat nicht einmal

mehr auf die Tagesordnung des Stadtparlaments gesetzt, um darüber zu debattieren. Wichtige Themen der Integration werden überhaupt nicht mehr angesprochen. Die Diskriminierung, die es gibt, bei der Bildung, bei der Wohnungssuche, bei der Arbeitssuche, bei den älteren Migranten und Migrantinnen juckt diese Stadtregierung überhaupt nicht. Es wird nichts unternommen, um dagegen vorzugehen.

Die KAV, die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung, soll die Interessen der Ausländer stadtweit vertreten, kann aber ihre Aufgabe nicht effektiv wahrnehmen, weil sie nicht die nötigen Mittel und Unterstützung erfährt. Beschämend ist allein schon die Existenz eines beratenden Ausländergremiums, da Deutschland immer noch nicht das kommunale Wahlrecht für alle eingeführt hat. Es ist eine Schande, aber dazu möchte ich mich nicht mehr weiter äußern. Während selbst die Arbeit der Ortsbeiräte in Frankfurt mit finanziellen Mitteln unterstützt wird, ist die KAV sich selbst überlassen. Wie soll ein ehrenamtliches Gremium so eine große Aufgabe effektiv wahrnehmen, wenn es nicht unterstützt wird? Wie sähe wohl die Arbeit dieses Stadtparlaments aus, wenn die Fraktionen keine Fraktionsmittel erhielten? Es wäre eine Misere. Auch das Stadtparlament könnte seine Aufgabe gar nicht wahrnehmen. So ist es auch bei der KAV. Die niedrige Wahlbeteiligung kann man auch darauf zurückführen, weil sie nicht viel bewegen kann. Sie kritisieren gerne die KAV, aber wenn es darum geht, ihr die Möglichkeit zu geben, effektiv zu arbeiten, dann kneifen Sie. Meinen Etatantrag E 237, der bessere Arbeitsbedingungen für die KAV einfordert, haben Sie abgelehnt, und der war ausgabeneutral, weil ich dafür lediglich fünf Prozent der Fraktionsmittel kürzen wollte. Sie aber haben das abgelehnt.

Die schwarze Null werden wir, im Gegensatz zu Frankfurt an der Oder, in absehbarer Zeit wohl nicht erreichen. Frankfurt am Main ist aber lebendig, bunt und vielfältig. Sorgen wir dafür, dass sie eine Stadt für alle wird. Dazu müssen Sie den Mut für eine echte Integrationspolitik haben. Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, dass immer mehr Frankfurterinnen und Frankfurter mit einem sogenannten Migrationshintergrund in dieser Stadt viel aktiver werden und die Politik und die Geschicke dieser Stadt mitentscheiden wollen. Ich denke, wir sind trotzdem auf einem guten Weg. Der Weg ist lang, aber wir haben schon entscheidend, das kann ich euch versichern, die jüngste Oberbürgermeisterwahl mit beeinflusst. Vielen Dank!